



## Beschlussvorlage

BV0134/2014

Für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis	Datum
Stadtverordnetenversammlung		09.12.2014

**Einreicher:** Fraktion SPD  
Fraktion CDU/FDP  
Fraktion DIE LINKE  
Fraktion BürgerBündnis freier Wähler  
Fraktion B90/Die Grünen  
Fraktion Die Unabhängigen

**Betreff:** Erklärung der Stadtverordnetenversammlung

### Beschlussvorschlag:

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai dieses Jahres wurde erstmalig ein Kandidat der NPD in die Stadtverordnetenversammlung von Hennigsdorf gewählt. Dieses Ergebnis ist für uns alle eine Verpflichtung, noch intensiver gegen rechtsextremeres Gedankengut aufzutreten. Vor allem müssen wir unsere kommunalpolitische Arbeit stärker im Bewusstsein der Bürger verankern und ihnen Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten geben. Das Interesse an der nächsten Kommunalwahl muss damit deutlich erhöht werden.

Schockiert hat uns die Nachricht, dass der gewählte NPD-Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung über das Internet hochrangige Politiker diffamiert und ihnen Gewalt angedroht sowie nationalsozialistisches Gedankengut und Symbolik propagiert oder gebilligt hat. Ein solches Verhalten ist für uns mit einer Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung Hennigsdorf unvereinbar. Wir fordern deshalb den Stadtverordneten Uwe Goßlau auf, sein Mandat nieder zu legen.

Für die Fraktionen in der SVV ist es eine Verpflichtung, sich nach wie vor für ein demokratisches, tolerantes Miteinander in unserer Heimatstadt einzusetzen.

Hennigsdorf, 20.11.2014

gez. Thomas Kiesow

Thomas Kiesow  
Vorsitzender  
der Fraktion SPD

gez. P. Röthke-Habeck

Petra Röthke-Habeck  
Vorsitzende  
der Fraktion B90/Die Grünen

gez. U. Degner

Vorsitzende  
der Fraktion DIE LINKE

gez. B. Tornow-Wendland

Vorsitzende  
der Fraktion CDU/FDP

gez. Dr. Rönnecke

Vorsitzender  
der Fraktion BürgerBündnis

gez. Schönrock

Vorsitzender  
der Fraktion DIE Unabhängigen

